
Interpellation Yvonne Feri vom 13. März 2003 betreffend Kinderpartizipation

Text und Begründung:

Die kürzlich unter Leitung des Pädagogischen Instituts der Universität Zürich veröffentlichte Studie zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz hat klar aufgezeigt, dass vor allem in den Gemeinden und auch in den Schulen grosser Handlungsbedarf bezüglich der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen besteht. Gleichzeitig zeigt die Studie, dass Kinder und Jugendliche - entgegen einer oft geäusserten landläufigen Meinung - ein lebhaftes Interesse daran haben, ihr Lebensumfeld aktiv zu gestalten.

Die Schweiz hat die UN-Kinderrechtskonvention verabschiedet, in welcher der Artikel 12 klar sagt, dass die Vertragsstaaten dem Kind einerseits das Recht zusichern, sich frei zu äussern und sich andererseits verpflichten, die Meinung des Kindes zu berücksichtigen. Kinder und Jugendliche stellen bis jetzt eine besondere Gruppe dar, die weitgehend von politischen Entscheiden ausgeschlossen ist, obwohl gerade sie mit diesen am längsten zu leben haben. Insbesondere die drei folgenden Gründe unterstreichen die Notwendigkeit von Mitbestimmung auch der jüngeren Altersklasse:

- Eine Gesellschaft, die besonders stolz auf ihre basisdemokratischen Verhältnisse ist, soll möglichst viele Menschen mitbestimmen lassen und deren Meinung ernst nehmen.
- Partizipationsförderung wirkt sich positiv aufs Demokratieverständnis aus. Partizipation muss aber auch eingeübt werden können. Damit wird gesellschaftliches Interesse und Engagement langfristig gesichert.
- Die Erfahrung von Kindern und Jugendlichen, dass ihre Meinung zählt, kann sich positiv auf ihre Persönlichkeitsentwicklung auswirken.

Oftmals ist es nicht fehlender Wille von Schulen und Gemeinden, der für das Fehlen von Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche verantwortlich ist, sondern mangelnde Sensibilität und Kenntnisse über dieses Thema. Es fehlen beispielsweise ein Leitbild Kinderpolitik, die Gewichtung im Lehrplan, Förderung des Partizipationsgedanken in Gemeinden und der pädagogischen Ausbildung.

Auf Gemeindeebene ist es wichtig, dass die Verantwortung langfristig wahrgenommen wird. Eintagsfliegen erkennen die beteiligten Kinder/Jugendlichen schnell als "Alibi-Übung". Deshalb sind ernsthafte Anstrengungen und verantwortliche Personen mit entsprechenden Ressourcen und Kenntnissen nötig.

Ich bitte den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat der Gemeinderat Kenntnis von oben erwähnter Studie?

Wenn Ja- Wie steht der Gemeinderat zur Forderung, Kinderpartizipation zu fördern?

Wenn Nein: Wird sich der Gemeinderat mit der Studie auseinandersetzen?

2. Was unternimmt der Gemeinderat in der Gemeinde Wettingen explizit, um Kinderpartizipation zu fördern? In welchen Bereichen? Auf welche Art und Weise?

3. Wird die Schulpflege durch den Gemeinderat beauftragt, im Schulbereich Kinderpartizipation zu fördern?
4. Sieht der Gemeinderat vor, die Jugendkommission und die Jugendverbände auf das Thema zu sensibilisieren und bei allfälligen Projekten und Überlegungen miteinzubeziehen?
